

Landtag des Saarlandes

14. Wahlperiode



Pl. 14/29
18.01.12

29. Sitzung

am 18. Januar 2012, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr
Ende: 10.03 Uhr

PRÄSIDIUM:

Präsident Ley (CDU)
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)
Zweiter Vizepräsident Jochem (FDP)
Erste Schriftführerin Schramm (DIE LINKE)
Zweite Schriftführerin Willger (B 90/GRÜNE)
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)

REGIERUNG:

Ministerpräsidentin und Ministerin der Justiz
Kramp-Karrenbauer (CDU)
Minister der Finanzen Jacoby (CDU)
Minister für Bundesangelegenheiten - Chef der
Staatskanzlei Storm
Minister für Inneres, Kultur und Europa Toscani
(CDU)
Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz (bis
09.52 Uhr) Weisweiler
Minister für Bildung (bis 09.52 Uhr) Kessler
Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und
Sport Bachmann
Minister für Wirtschaft und Wissenschaft (bis 09.52 Uhr)
Dr. Hartmann (FDP)
Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr (bis 09.52
Uhr) Dr. Peter

Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung 2290

1. Beschlussfassung über den von der Ministerpräsidentin eingebrachten Antrag auf Zustimmung zur Entlassung von Mitgliedern der Landesregierung gemäß Artikel 87 der Verfassung des Saarlandes 2290

Abg. Lafontaine (DIE LINKE)..... 2291

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE)..... 2293

Abg. Jochem (FDP)..... 2294

Abg. Meiser (CDU)..... 2294

Abg. Maas (SPD)..... 2295

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer 2297

Abstimmung, Annahme des Antrages 2298

2. Zweite Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Lehrerbildungsgesetzes (Drucksache 14/617) (Abänderungsantrag des Ausschusses BM Drucksache 14/677) 2298

(Erste Lesung: 27. Sitz. v. 16. Nov. 2011)

Abg. Kolb (SPD), Berichterstatterin..... 2298

Abstimmungen, Annahme in Zweiter und letzter Lesung 2299

3. Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 14/676 - neu) 2299

Abstimmung, Annahme des Antrages 2299

4. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung eingebrachten Antrag betreffend: Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht (Übersicht Nr. 5) (Drucksache 14/669) 2299

Abg. Heib (CDU), Berichterstatterin..... 2300

Abstimmung, Annahme des Antrages 2300

5. Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 9) (Drucksache 14/673) 2300

Abstimmung, Annahme des Antrages 2300

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 29. Landtagssitzung.

Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 29. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die uns vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der Ministerpräsidentin eingebrachten Antrag auf Zustimmung zur Entlassung von Mitgliedern der Landesregierung gemäß Artikel 87 der Verfassung des Saarlandes

Mit Schreiben vom 11. Januar 2012 hat mir die Ministerpräsidentin Folgendes mitgeteilt: „(...) nach Auflösung der die Regierung des Saarlandes tragenden Koalition beabsichtige ich, die Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr, Frau Dr. Simone Peter, den Minister für Wirtschaft und Wissenschaft, Herrn Dr. Christoph Hartmann, den Minister für Bildung, Herrn Klaus Kessler, den Minister für Gesundheit und Verbraucherschutz, Herrn Georg Weisweiler, sowie als weiteres Mitglied der Regierung des Saarlandes Herrn Staatssekretär Joachim Kiefaber zu entlassen.

Gemäß Art. 87 Abs. 1 Satz 2 der saarländischen Verfassung ist zur Entlassung von Ministern und weiteren Mitgliedern der Landesregierung die Zustimmung des Landtages erforderlich. Ich bitte daher, eine entsprechende Beschlussfassung in der für den 18. Januar 2012 vorgesehenen Sitzung des saarländischen Landtages herbeizuführen (...).“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Tagesordnungspunkt und zu diesem Antrag hat sich der Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich, zu Wort gemeldet.

(Zuruf von der LINKEN.)

Damit ich hier aber keinen Fehler mache und wir das vernünftig miteinander regeln, stelle ich fest, dass zuerst die Wortmeldung von Herrn Oskar Lafontaine vorlag.

(Präsident Ley)

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Kein Problem.)

Dann hat Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine das Wort.

Abg. Lafontaine (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn eine Regierung mitten in der Legislaturperiode auseinanderfällt, ist das natürlich ein wichtiges Datum für die Landespolitik. Ich bin heute nicht hier ans Pult gegangen, um Häme über dieses Auseinanderfallen zu verbreiten. Ich möchte dazu nur ein paar Bemerkungen machen.

Ich glaube, dass diese Regierung auch an ihren inneren Widersprüchen zerfallen ist. Ich glaube nicht, dass es richtig ist, das Auseinanderbrechen dieser Regierung lediglich der FDP anzulasten. Die FDP hat sicherlich ihre Fehler gemacht. Darüber weiß sie besser Bescheid als vielleicht andere in diesem Haus. Aber wir haben von Anfang an die Auffassung vertreten, dass die Konstruktion aus inhaltlichen Gründen nicht halten kann. Ich glaube, dass sich dies in den letzten zwei Jahren gezeigt hat. Es fanden drei Partner zusammen, die inhaltlich letztendlich doch weit auseinander lagen. Das zeigte sich auf vielen verschiedenen Feldern der Politik. Das war beispielsweise in der Energiepolitik und in der Schulpolitik so. Das war auch bei einigen Reizthemen so, beispielsweise bei der Frage, wie weit das Rauchverbot im öffentlichen Raum gehen soll, wie man es mit dem Jagdgesetz hält und so weiter.

Wir haben ja als Kolleginnen und Kollegen mitbekommen, wie sich die drei verschiedenen Fraktionen in diesem Hause anstrengen mussten, um den Koalitionsvertrag zu erfüllen. Zur FDP habe ich einiges gesagt. Ich glaube, jeder versteht, dass ich gerade in der jetzigen Situation keine Veranlassung sehe, diese Kritik, die vielleicht notwendig wäre, noch weiter zu vertiefen.

Ich will etwas zur CDU und den GRÜNEN sagen. Die CDU trägt über viele Jahre die Verantwortung in der Landespolitik. Nach unserer Auffassung ist sie damit die Hauptverantwortliche für die Entwicklung der letzten Jahre. Da wir uns heute in einer Überschuldungssituation befinden und das Land kaum noch Handlungsfähigkeit hat, glaube ich, dass die CDU hier an der Saar sich selbstkritisch fragen muss, ob der von ihr eingeschlagene Weg der richtige ist. Wir werden ja in den kommenden Monaten über die Haushaltssituation des Landes viel zu reden haben. Aber ich wollte diesen Kernpunkt noch einmal mit aller gebotenen Sachlichkeit in Erinnerung rufen. Nach vielen Jahren der Regierungsverantwortung kann man nicht so tun, als habe man mit dieser Fehlentwicklung nichts zu tun.

Die GRÜNEN haben versucht, in dieser Koalition eine ganze Anzahl ihrer politischen Inhalte durchzu-

setzen, haben aber, ob sie es wollten oder nicht, dazu beigetragen, dass diese Koalition auseinanderbrach.

Ich will das kurz begründen. Wenn man drei Parteien in der Regierung hat, dann sind alle drei Parteien darauf angewiesen, dass sie fair miteinander zusammenarbeiten. Dies setzt allerdings auch voraus, dass sie, wenn es um inhaltliche Kompromisse geht, das Gewicht der jeweils anderen Partei gebührend berücksichtigen. Hier scheint mir ein gravierender Konstruktionsfehler vorgelegen zu haben, denn es ist nun einmal so, dass man mit 6 Prozent der Wählerstimmen nicht eine ganze Mehrheit des Parlamentes zu bestimmten Entscheidungen nötigen oder zwingen kann. Wenn man an dieser Stelle überreizt, meine Damen und Herren - ich sage das auch für die Zukunft -, dann gibt es die Spannungen, die in den letzten Jahren erkennbar waren und die dann auch zum Bruch eines Bündnisses führen. Ich glaube, dies sollte selbstkritisch von denen, die dies zu verantworten haben, reflektiert werden.

An einer Stelle - das möchte ich auch in Erinnerung bringen - ist ein Durchbruch gelungen. Das ist die Verfassungsänderung im Bildungsbereich, die jetzt auch den neuen Kräften, die sich vielleicht zusammenfinden oder nicht zusammenfinden - das werden wir noch sehen -, neue Möglichkeiten gibt. Ich sehe mich im Übrigen schon veranlasst, darauf hinzuweisen, dass man eine Verfassungsänderung auch nicht mit 6 Prozent Wählerstimmenanteil zustande bringt. Insofern wäre ich dankbar, wenn man dann, wenn es um solche Zuschreibungen geht, vielleicht ab und zu in Erinnerung ruft, wie sich die Mehrheiten zusammengesetzt haben, um diesen Weg für die saarländische Bildungspolitik zu eröffnen.

Im Übrigen: In Anbetracht der Diskussion innerhalb der größten Regierungspartei in den letzten Jahren ist es nicht unbedingt auszuschließen, dass eine solche Verfassungsänderung irgendwann auch etwas später auf den Weg gebracht worden wäre. Sie werden die Diskussion auf Bundesebene zumindest aufmerksam verfolgt haben. So weit meine Bemerkungen zum Auseinanderfallen dieser Koalition.

Zum Stil werden die Koalitionspartner selbst etwas zu sagen haben. Dass es sicherlich möglich gewesen wäre - das sage ich aufgrund meiner Erfahrung -, angesichts der Zeittafeln diesen Bruch eine Woche später bekannt zu geben, das möchte ich nur einmal in den Raum stellen. Aber da wird jede und jeder von Ihnen seine eigene Auffassung haben. Ich habe mir das zumindest einmal genau angesehen. Einige Begleitumstände haben in der bundesweiten Öffentlichkeit doch für eine gewisse Diskussion gesorgt. So viel dazu. Aber es ist nicht unbedingt unsere Aufgabe, dies zu kommentieren.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Ich will ein paar Worte über die Zukunft verlieren, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil dies für meine Partei, die LINKE, wichtig ist und weil dies nach unserer Überzeugung auch für die Wählerinnen und Wähler des Saarlandes wichtig ist. Die Kernfrage des Landes ist nun einmal, wie wir mit einem Sachverhalt umgehen, der sich Schuldenbremse nennt. Hier habe ich gelesen, die LINKE sei nicht bereit, sich an einer Regierung zu beteiligen, weil sie die Schuldenbremse nicht anerkennen würde. Das ist eine unpräzise Formulierung. Die LINKE ist nicht bereit, sich an einer Regierung zu beteiligen, wenn die Schuldenbremse so interpretiert wird, als sei der einzige Weg, einen Haushalt zu sanieren, weitere Personal- und Sozialkürzungen und Kürzungen im Bildungsbereich vorzunehmen. Das ist ein gravierender Unterschied.

Der neoliberale Dialog in der Bundesrepublik hat dazu geführt, dass dann, wenn das Wort Schuldenbremse erwähnt wird, alle reflexartig nur noch ans Sparen denken, als sei dies der einzige Weg, um die Haushalte von Ländern ins Gleichgewicht zu bringen. Dies ist keine Diskussion, die wir hier alleine führen, meine Damen und Herren. Dies ist mittlerweile eine europaweite Diskussion. Deshalb habe ich mich heute zu Wort gemeldet. Wenn wir diesen Weg hier an der Saar weitergehen, dann werden wir unter veränderten Umständen genau einen Weg gehen, der mittlerweile in Gesamteuropa zu heftigen Diskussionen führt und der eine ganz andere Ursache hat als die, die hier vordergründig immer wieder diskutiert worden ist.

Ich möchte es auf den Punkt bringen: Unsere Schuldenbremse, die Schuldenbremse der LINKEN, heißt Vermögenssteuer. Wenn jemand noch irgendeinen Zweifel hat, dass diese Vermögenssteuer kommen wird, dann wird er in der nächsten Zeit eines Besseren belehrt werden, denn es gibt keinen anderen Ausweg, um die öffentlichen Haushalte in Europa wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Dazu muss man allerdings einige Denkvorgänge nachvollziehen, die ich hier noch einmal in Erinnerung rufen möchte. Man muss sich fragen, Herr Kollege Schmitt: Was sind eigentlich Schulden? Da empfehle ich Ihnen ein unverdächtiges Blatt, das Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, und einen Autor, der sich weltweit dadurch qualifiziert hat, dass er die Immobilienkrise rechtzeitig vorausgesehen hat, nämlich den amerikanischen Ökonomen Michael Hudson. Er weist darauf hin, dass die Schulden in den letzten Jahren entstanden sind durch die Unordnung im Bankensektor, und er weist darauf hin, dass es nur einen einzigen Weg gibt, diese Schuldenkrise zu überwinden, nämlich die Steuer- und Abgabepolitik der Staaten grundsätzlich zu ändern, wofür wir ständig werben.

Ich will die Frage stellen: Was sind eigentlich Schulden? Wenn Sie den Gedanken nachvollziehen, dass die Schulden der Staaten in erster Linie das Vermögen der Wohlhabenden sind, dann nähern Sie sich vielleicht auch irgendwann der Lösung.

Ich möchte Ihnen eine Zahl nennen. Allein das Finanzvermögen der Millionäre in Deutschland ist höher als die gesamte Staatsverschuldung! Wenn man dies weiß, dürfte der Weg zu dem Gedanken, wie man die Verschuldungskrise lösen kann, eigentlich nicht so weit sein. Es gibt keinen anderen Weg, als diejenigen zur Kasse zu bitten, die die Staatsanleihen halten und als Vermögen besitzen. Nach Überzeugung der LINKEN ist es der völlig falsche Weg, wie er derzeit in Gesamteuropa beschritten wird, die Bürgerinnen und Bürger, die ohnehin schon geringe Einkommen haben - Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer -, zur Kasse zu bitten, die Vermögenden aber weiterhin zu schonen, insbesondere die Vermögensmillionäre.

(Beifall von der LINKEN.)

Man wird einwenden können, das sei hier von der Saar aus nicht in den Griff zu bekommen. Nur, meine Damen und Herren: Es haben sich in den letzten Jahren ja Veränderungen ergeben. Auf Bundesebene haben zumindest SPD und GRÜNE in großem Umfang die steuerpolitischen Vorschläge übernommen, die die Partei DIE LINKE seit langen Jahren vertritt. Das gilt nicht nur für die Vermögenssteuer, das gilt genauso für die Transaktionssteuer, die mittlerweile ja auch in der CDU populär geworden ist, für die Börsenumsatzsteuer, für einen höheren Einkommenssteuersatz oder für eine andere Gestaltung der Erbschaftssteuer. Ich will noch einmal all diese steuerpolitischen Tatbestände erwähnen, wie ich sie in den Programmen der politischen Parteien auf Bundesebene finde, nicht nur bei der Partei DIE LINKE, sondern auch bei der SPD und den GRÜNEN. Wenn das ernst gemeint ist, steht für das Saarland derselbe Weg offen, den wir 1985 gegangen sind, über den Bundesrat eine andere Steuer- und Abgabepolitik durchzusetzen. Für diesen Weg möchte ich noch einmal nachdrücklich hier im saarländischen Landtag werben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN.)

Man kann nicht sagen, dieser Weg sei verbaut. Wir haben ihn erfolgreich praktiziert. Er ist natürlich mit einigen Risiken verbunden, das ist völlig klar. Es ist denkbar, dass diejenigen, die sich jetzt zu diesen steuerpolitischen Auswegen bekennen, auf Bundesebene irgendwann wieder davon abrücken; das haben wir oft erlebt. Aber es gibt keinen politischen Weg ohne Risiken! Das möchte ich noch einmal in aller Klarheit sagen. Ich spreche hier nicht nur die Parteien an, die auf Bundesebene diese steuerpoli-

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

schen Positionen vertreten, sondern auch die anderen Parteien in diesem Hause, die sich ja langsam den steuerpolitischen Vorschlägen nähern - Stichworte Transaktionssteuer und Spitzensteuersatz -, die lange Jahre verfehlt und verdammt worden sind. Ich bitte Sie zu erwägen, ob dies nicht der einzige Weg aus der Krise ist.

Es geht hier nicht darum, sich heute in diesem Hause vordergründige Schaukämpfe zu liefern. Es geht vielmehr hier um eine historische Weichenstellung für das Land. Es geht um den richtigen Weg! Ich wiederhole noch einmal: Schuldenbremse heißt für uns ein anderes Steuer- und Abgabensystem. Ich sage ausdrücklich: Meine Partei hat in diesem Zusammenhang im Deutschen Bundestag zweimal eine Entlastung der sogenannten mittleren Einkommen vorgeschlagen, die natürlich nur vertretbar ist, wenn die anderen steuerpolitischen Maßnahmen ergriffen werden, sonst wäre sie aus staatspolitischer Verantwortung nicht vertretbar.

Es heißt, wir sollten uns den Realitäten anpassen. Ich muss zugeben, dass dieser Satz mich etwas geärgert hat, als ich ihn gehört habe. Eine Realität - ich will das noch einmal sagen - ist, dass das Vermögen der Wohlhabenden sich in den letzten Jahren explosionsartig entwickelt hat. Ich will die Zahlen nennen: Die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den letzten zehn Jahren real um 4 Prozent gesunken. Die Einnahmen aus Vermögen und Gewinnen sind aber in den letzten zehn Jahren real um 30 Prozent gestiegen! Wer diese Verteilung weiter fortschreiben möchte, geht nach unserer tiefsten Überzeugung den falschen Weg. Ich appelliere an dieses Haus, einen Weg zu finden, um auch hier an der Saar eine Politik zu machen, die das Gütezeichen sozialer Gerechtigkeit trägt!

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Wir reden heute über das Ende eines politischen Experiments, über das Ende der ersten Jamaika-Koalition in dieser Republik. Dieses Ende - ich habe das bereits in der letzten Woche in der Presse deutlich gemacht - ist ungewöhnlich und überraschend. Es ist ein Ende, das aus meiner Sicht ohne Not herbeigeführt wurde, denn die reine Sacharbeit, unabhängig von den Problemen innerhalb der FDP-Fraktion, die Zusammenarbeit innerhalb dieser Koalition hat eigentlich - das werden Sie mir bestätigen, Frau Ministerpräsidentin - bis zuletzt funktioniert. Wir haben alle Entscheidungen in diesem Hause gemeinsam verabschiedet. In den inhaltli-

chen Abstimmungen haben nie Stimmen gefehlt, und auch in Zukunft war das eigentlich so direkt nicht zu erwarten. Zumindest ist mir kein direkter Fall bekannt, wo ein Koalitionspartner gesagt hätte: Dieses oder jenes aus dem Koalitionsvertrag setzen wir nicht um.

Nun ist in diesem Hause eine neue Koalition am Horizont erkennbar. Die Verhandlungen laufen ja bereits intensiv, wie wir alle wahrnehmen durften. Vor diesem Hintergrund, glaube ich, ist es angemessen, an dieser Stelle die letzten zwei Jahre noch einmal zu betrachten. Oskar Lafontaine hat das zumindest teilweise bereits getan.

Aber unüblich ist nicht nur der Bruch der Koalition, ungewöhnlich ist auch, Frau Ministerpräsidentin, die Verfahrensweise, die Sie bei der Entlassung der Minister wählen. Darum geht es ja jetzt konkret. Ich kann einfach keine Notlage erkennen, wegen der die Minister jetzt sofort aus dem Amt scheiden müssten und nicht, wie normalerweise üblich, im Amt bleiben könnten, bis neue Minister die Amtsgeschäfte übernehmen. In den Kommentaren zur Verfassung ist für diesen Vorgang eigentlich nur ein Grund angegeben, nämlich ein völlig zerrüttetes Verhältnis zwischen der Ministerpräsidentin und den Ministerinnen und Ministern. Ich weiß nicht im Detail, wie Ihr Verhältnis zu den FDP-Ministern aussieht. Ihr Verhältnis zur GRÜNEN-Ministerin und zum GRÜNEN-Minister kenne ich, das war gut. Ich kann eine solche Zerrüttung nicht erkennen, Frau Ministerpräsidentin. Das sollten Sie uns hier an diesem Tage erklären.

Wir haben ein weiteres Problem mit dieser Vorgehensweise, ein ganz praktisches Problem. Wenn die Große Koalition nicht zustande kommen sollte - was ja durchaus im Bereich des Möglichen liegt - und es in ein paar Monaten zu Neuwahlen kommt, haben wir in den Häusern Stillstand für diesen Zeitraum, wir haben insbesondere Stillstand im so wichtigen Bildungsbereich. Auch das, Frau Ministerpräsidentin, ist sehr erklärungsbedürftig.

Solche politischen Ereignisse stecken ja auch immer voller Unwahrheiten. Aber auf der anderen Seite fördern sie auch eine ganze Reihe von Wahrheiten an den Tag. Eine dieser Wahrheiten ist die Erkenntnis, dass, wenn die Jamaika-Koalition vor zweieinhalb Jahren nicht zustande gekommen wäre, Rot-Rot-Grün ebenfalls nicht zustande gekommen wäre oder zumindest keinen langen Bestand gehabt hätte. Das hat Oskar Lafontaine aktuell bescheinigt durch seine Äußerungen in der letzten Woche, und Heiko Maas hat das bestätigt: Allein die Schuldenbremse, die wir als Koalition hier ja durchgehalten haben, hätte dazu geführt, dass diese Koalition nicht lange eine Mehrheit gehabt hätte, weil die Schuldenbremse für die Linkspartei nach wie vor ein No-Go-Thema ist.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

Trotzdem wurden in diesem Hause über zwei Jahre hinweg intensive Märchen über das Zustandekommen dieser Koalition erzählt. Die SPD hat sogar ein Buch in Auftrag gegeben, ein Märchenbuch in Form eines politischen Groschenromans. Zwei Jahre lang wurde hier intensiv verunglimpft, wurden Verschwörungstheorien an den Tag gelegt. Es wurden Untersuchungsausschüsse inszeniert, die leider das Gegenteil von dem zutage gefördert haben, was am Anfang eigentlich behauptet wurde. Heute jedenfalls liegen zwei reale Erkenntnisse auf dem Tisch: Rot-Rot-Grün war real nie möglich, und die SPD geht jetzt eine Koalition mit der angeblich so abgewirtschafteten und betrügerischen CDU ein. Das ist die Situation, vor der wir heute stehen. Sehr verehrter Herr Maas, dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass da die alte Volksweisheit gilt: Die schärfsten Kritiker der Elche, die sind heute selber welche.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Heute ist der Tag, an dem alle Jamaika-Verschwörungstheorien von Ihnen selbst widerlegt werden. Die Regierungsarbeit der letzten zweieinhalb Jahre ist, wie ich meine, eine Arbeit, aus der wir als GRÜNE sehr positiv herausgehen können. Ich denke, wir haben hier in diesem Lande eine sehr erfolgreiche Arbeit abgelegt, und ich sage heute von dieser Stelle aus auch: Wir nehmen als GRÜNE die Oppositionsrolle an, denn auch sie gehört zur Demokratie. Wir werden nicht, wie es andere vor zwei Jahren in diesem Haus getan haben, jammernd über die Dörfer ziehen. Wir werden auch keine Verschwörungstheorien erfinden. Wir werden keine Pressekampagnen gegen Sie starten, und wir werden auch nicht den Märtyrer spielen.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Wir werden aber überprüfen, ob Sie von den Sozialdemokraten zusammen mit den Christdemokraten einen realen Beitrag zur Lösung der doch sehr großen Probleme dieses Landes, der viel beschworenen Notlage dieses Landes leisten werden. Wir haben jedenfalls als Regierungspartner einen solchen Beitrag geleistet; der Schwerpunkt Bildung ist dafür nur ein Beispiel. Und völlig überraschend hat ja die Sozialdemokratie in dieser Woche festgestellt, dass die Kassen im Saarland leer sind, was mir sofort Sorge bereitet mit Blick auf den zentralen Zukunftsbereich dieses Landes, den Bildungsbereich, den wir als GRÜNE ja bis zuletzt verteidigt haben. Wir werden jedenfalls ganz genau beobachten, ob Ihre Kreativität und Ihr politisches Engagement ausreichen, um insbesondere den Bildungsbereich, aber auch den uns wichtigen Umweltbereich weiter nach vorn zu bringen. Wir als GRÜNE haben in den letzten zwei Jahren erkennbar eine positive Regierungsarbeit abgeliefert, wir haben Weichen gestellt. Deshalb gehen wir erhobenen Hauptes in die Opposition. - Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die FDP-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Karl-Josef Jochem.

Abg. Jochem (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich darf auf das eingehen, was der Kollege Ulrich zur Zerrüttung zwischen den Ministern gesagt hat. Er hat gesagt, dass es diese Zerrüttung zumindest nicht bei den grünen Ministern gegeben habe. Ich darf für meine Fraktion festhalten, dass dies auch für die FDP gilt. Es sind mir keine Dinge bekannt, bei denen es eine Zerrüttung gegeben hat. Ich möchte vielmehr in aller Klarheit sagen: Es gab eine gute Zusammenarbeit, und es gab Erfolge mit den Ministern für Wirtschaft und für Gesundheit. Die Belege sind ja vorhanden. Ich spreche einmal das Thema Halberger Hütte an. Es wurde insbesondere auch im Wirtschaftsministerium gelöst, das heißt vom Wirtschaftsminister, der immerhin von der FDP kommt, und von Staatssekretär Kiefaber, der die Sache gemanagt hat. Ich möchte auch das Thema SaarGummi ansprechen, bei dem andere schon nach dem Staat riefen. Es wurde im Wirtschaftsministerium in gutem Einvernehmen mit allen Kabinettsmitgliedern und Koalitionsfraktionen gelöst, sodass beide Bereiche heute wieder im Aufwind sind. Die wirtschaftliche und die konjunkturelle Lage insgesamt und all das, was sich hier im Land abzeichnet, ist ein Verdienst auch dieser Landesregierung, zu der nun einmal an entscheidender Stelle auch die FDP gehört. Im Gesundheitsbereich hat Minister Weisweiler den Krankenhausplan, der ja schon in den vorherigen Legislaturperioden diskutiert wurde, aber nie zu einem Ziel kam, zum Ziel geführt. Er hat Kampagnen angestoßen, die im Saarland eine große Resonanz gefunden haben, etwa die Kampagne „Das Saarland lebt gesund“ und andere Dinge.

Wegen interner Probleme in unserer Fraktion waren wir sicherlich der vorgeschobene Auslöser für die Aufkündigung der Jamaika-Koalition. Das geben wir zu. Aber wir haben nicht die Ursache gesetzt. Auch das möchte ich festhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Ley:

Das Wort hat für die CDU-Fraktion Herr Fraktionsvorsitzender Klaus Meiser.

Abg. Meiser (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, eines ist wohlthuend, und dem will ich mich anschließen: Es ist heute sicherlich kein Tag für eine Abrechnung oder für Vorwürfe, sondern ein Tag, an

(Abg. Meiser (CDU))

dem die Konsequenz daraus gezogen wird, dass eine Koalition aufgekündigt ist, weil sie nicht mehr funktioniert hat. Deshalb will ich noch einmal wiederholen, was wir schon am Tag der Entscheidung gesagt haben: Dieser Weg ist getragen von zwei Aspekten, nämlich Verantwortung für unser Land und Handlungsfähigkeit für unser Land. Von daher kann ich in einem Punkt Hubert Ulrich zustimmen: Der Ausgangspunkt ist sicherlich nicht, dass die Sacharbeit nicht funktioniert hat, und schon gar nicht eine Bilanz dieser zwei Regierungsjahre, die negativ wäre. Im Gegenteil: Viele Projekte, die wir uns vorgenommen hatten, sind erfolgreich über die Bühne gegangen. Zum Teil hat die Opposition zugestimmt, weil sie die Dinge wohl gut gefunden hat. Ich erinnere an die Bildungspolitik, in der wir mit einem Zwei-Säulen-Modell eine gute Basis für die Zukunft geschaffen haben. Ich erinnere an die Energiepolitik, in der wir ein gutes Miteinander von Bedürfnissen eines Industrielandes Saarland und ökologischen Belangen hinbekommen haben. Also diese Bilanz ist sicherlich eine gute.

Ich will heute ein Drittes in aller Klarheit ansprechen. Dass heute Ministerinnen und Minister entlassen werden, hat nichts mit menschlichen Zerwürfnissen zu tun. Der Grund ist ein ganz anderer, und ich denke, er ist für jeden nachvollziehbar: Wenn eine Koalition aufgekündigt ist, ist die Folge nun einmal, dass es im Parlament keine Mehrheit und keine Zusammenarbeit mehr gibt. Das wird niemand bestreiten. Damit ist auch eine Zusammenarbeit zwischen Parlament, Regierung und Ministerien beendet. Die Frage, ob die betroffenen Häuser jetzt führungslos sind, ist klar beantwortet: Die Verantwortung wird dort von Ministern übernommen, die im Amt bleiben. Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass die Häuser selbst gut funktionieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden weiterhin da sein. Sie werden zusammen mit einer Übergangsführung gewährleisten, dass die Sacharbeit weitergeht und unser Land regierungsfähig bleibt.

Ein letztes Wort von meiner Seite zum Thema Zukunft. Ich denke, auch dort ist klar geworden, dass es - genauso wie bei der Bildung der Jamaika-Koalition - keinen Raum für Legendenbildungen gibt. Wir befinden uns in einer Sondierung. Niemand von uns kann gegenwärtig sagen, ob sie zu Ergebnissen, zu einer Koalition führen wird. Vielmehr machen die Gesprächspartner deutlich, dass es auch bei einer solchen Sondierung um die Frage geht, ob es genügend Schnittmengen gibt, und dass es darüber hinaus um Verantwortung und Handlungsfähigkeit für dieses Land geht. Davon sind die Gespräche getragen. Was am Ende steht, können wir heute noch nicht sagen. Ich kann für die CDU nur so viel sagen: Wir werden mit dafür sorgen, dass dieser Weg für unser Land in Verantwortung fortgesetzt wird, dass wir uns, wie es angeboten ist, um eine handlungsfä-

hige Regierung bemühen und dass wir uns selbstverständlich, wenn dies nicht zum Erfolg führt, dem Votum der Wähler stellen.

In diesem Geiste sollten wir heute die Zusammenarbeit dieser Koalition gemeinsam und aufrechten Hauptes beenden und in die Zukunft schauen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas das Wort.

Abg. Maas (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht heute um die Entlassung von Ministern. Diese Aussprache ist auf Initiative der GRÜNEN zustande gekommen. Deshalb will ich zunächst etwas zu denjenigen sagen, die heute aus ihren Ämtern entlassen werden.

Sehr geehrte Frau Dr. Peter, sehr geehrter Herr Kessler, Sie beide wissen, dass das Zustandekommen der Jamaika-Koalition 2009 in der SPD vielfach mit Verwunderung zur Kenntnis genommen worden ist. Ich will das alles nicht noch einmal vertiefen. Die SPD hat sich aber nach einer gewissen Zeit damit abgefunden, dass es so ist. Deshalb, so glaube ich, kann man aus dem Blickwinkel von heute durchaus einigermaßen objektiv etwas zu Ihrer Arbeit sagen. Ich will das im Namen der SPD-Fraktion tun. Auch wenn wir in vielen Punkten unterschiedlicher Auffassung gewesen sind, spricht Ihnen niemand von uns ein großes Engagement in Ihrer Arbeit ab. Niemand von uns spricht Ihnen klare politische Zielvorstellungen ab, auch wenn es solche gewesen sind, die nicht immer die unseren waren.

Frau Dr. Peter hat in ihrem Amt als Ministerin für Umwelt, Energie und Verkehr sicherlich, wenn es um den Bereich der erneuerbare Energien geht, Standards gesetzt, die bleiben und die auch von der SPD in keiner Weise infrage gestellt werden. Den Weg der Energiewende halten wir im Grundsatz für richtig, in Details haben wir möglicherweise Gesprächsbedarf.

Das gilt auch für Herrn Kessler. Er hat die Gemeinschaftsschule in diesem Land durchgesetzt. Die SPD hatte nie etwas gegen die Gemeinschaftsschule als solche, sondern wir waren der Auffassung, dass die spezielle Ausformung der Gemeinschaftsschule so, wie sie verabschiedet worden ist, stark überarbeitungsbedürftig ist. Aber, Herr Kessler, wir erkennen auch an, dass Sie gemäß Ihren politischen Zielvorstellungen damit die Schulstruktur in diesem Land verändert haben. Auch das wird bleiben. Denn die Schulstruktur und die Gemeinschafts-

(Abg. Maas (SPD))

schule werden von der SPD grundsätzlich nicht mehr infrage gestellt.

Deshalb kann ich Ihnen im Namen der SPD-Fraktion sagen, dass wir auf Ihre Arbeit mit Respekt zurückblicken und dass sicherlich einiges von dem, was Sie auf den Weg gebracht haben, in diesem Land auch bleiben wird. Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles Gute. Das gilt ebenso für die ausscheidenden Minister der FDP, für Herrn Dr. Hartmann und Herrn Weisweiler. Auch Ihnen wünschen wir für die Zukunft alles Gute.

Meine Damen und Herren, es ist darüber geredet worden, wieso und weshalb diese Koalition auseinandergebrochen ist. Ich will das nicht vertiefen. Ich will nur etwas sagen, was mir bei all den Fragen, die es jetzt zu entscheiden gilt, eine Lehre ist. Ich glaube, dass diese Koalition nie wirklich den Namen Regierung verdient hat, vor allen Dingen, weil die inhaltlichen Zielvorstellungen der Partner viel zu weit auseinander gelegen haben. Deshalb glaube ich, dass die Dinge, die in der FDP passiert sind, allenfalls der Anlass für den Bruch der Koalition gewesen sind, dass der eigentliche Grund aber viel tiefer liegt, nämlich in der inhaltlichen Unvereinbarkeit in ganz wesentlichen Fragen, die für die Zukunft unseres Landes aber von existenzieller Bedeutung sind. Wer glaubt, politische Bündnisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner eingehen zu können, ohne dass man ein Projekt für dieses Land hat, ohne dass man einen Plan für das hat, was man umsetzen und realisieren möchte, der wird möglicherweise kurzfristig damit Erfolg haben, aber niemals langfristig das erreichen, wofür man eigentlich in der Regierung sitzt. Das sollte allen eine Lehre sein.

(Beifall von der SPD.)

Meine Damen und Herren, als die Jamaika-Koalition in die Regierung kam, ist hier teilweise sehr pathetisch darüber geredet worden, es sei ein neuer Geist und es würde ein neues Kapitel im Parteienspektrum aufgeschlagen. Wir sehen heute, wohin es geführt hat. Deshalb kann ich allen - sowohl jetzt als auch in der Zukunft, unabhängig davon, wie anstehende Entscheidungen ausfallen - nur empfehlen, bei der Beurteilung von politischen Bündnissen etwas mehr Demut an den Tag zu legen. Wer glaubt, dass Bündnisse dazu geeignet sind, neue gesellschaftliche Formationen zu definieren, macht, so glaube ich, den Leuten etwas vor. Die Saarländerinnen und Saarländer erwarten gute Arbeit von denen, die in der Regierung sind, und nicht irgendwelche gesellschaftspolitischen Hirngespinnste, die sich dann sehr schnell in Luft auflösen.

Meine Damen und Herren, ich sage auch Folgendes. Nach den letzten zweieinhalb Jahren und dem, was sich sowohl innerhalb dieser Koalition als auch darüber hinaus abgespielt hat, bin ich der Auffas-

sung, dass wir in diesem Land eine neue, eine andere politische Kultur brauchen. Herr Ulrich, ich will es Ihnen in aller Deutlichkeit sagen: Wenn ich in der letzten Woche in der Zeitung gelesen habe, dass Sie in der Landespressekonferenz auf die Frage, ob Sie sich jetzt eine Zusammenarbeit mit der SPD vorstellen könnten, geantwortet haben, Sie hätten immer mit der SPD zusammenarbeiten wollen, dann - so glaube ich - ist das ein Hinweis darauf, dass dieses Land etwas mehr an politischer Kultur und Verlässlichkeit braucht. Das hat auch etwas mit Ihnen zu tun.

(Beifall von der SPD.)

Weil ich nicht mehr bereit bin, all dies hinzunehmen, sage ich Ihnen auch: Bei all den Diskussionen, die stattfinden, habe ich manchmal den Eindruck, dass diejenigen, die am lautesten nach Neuwahlen rufen, am meisten darauf hoffen, dass es eine Große Koalition gibt. Auch das ist eine Frage der politischen Kultur.

(Beifall von der SPD.)

Meine Damen und Herren, eben wurde ein Thema in der Sache angesprochen, nämlich die Schuldenbremse und ihre Bedeutung für das, was in diesem Land geht oder nicht mehr geht, und wie man überhaupt mit ihr umgehen soll. Kollege Lafontaine hat sie angesprochen. Was die SPD-Fraktion angeht, sage ich dazu: Sie wissen, wir haben immer eine sehr kritische Position zur Schuldenbremse gehabt und wir sind nicht der Auffassung, dass sie das geeignete Instrument ist, unsere Haushaltsnotlage in den Griff zu kriegen. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass sie nicht flexibel genug ist. Wir sind ebenso der Auffassung, dass sie kein besonders intelligentes Instrument ist. Wir müssen aber akzeptieren, dass sie Realität ist. Jede Regierung, die in diesem Land Verantwortung übernimmt, muss die Schuldenbremse als Realität akzeptieren, völlig unabhängig davon, wie man in der Sache dazu steht. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu, dass wir, wenn wir es nicht hinbekommen, die Einnahmehasis der öffentlichen Hand auf Dauer zu verbreitern, auch in Zukunft Probleme finanzieller Art haben werden, die wir kaum zu meistern in der Lage sein werden. Wir haben dazu vielfach Anträge eingebracht. Ich bin jederzeit bereit, mit einem Beitrag dazu zu leisten, dass es in Deutschland wieder eine Vermögenssteuer gibt. Ich sage Ihnen aber auch, ich sehe nicht, dass dies in absehbarer Zeit zu erreichen sein wird, möglicherweise nach der Bundestagswahl mit anderen Mehrheiten, aber auch das kann ich nicht beurteilen. Ich weiß nur, dass sich eine Regierung, die jetzt ins Amt kommt, nicht darauf berufen kann, dass mit der Vermögenssteuer die Probleme dieses Landes gelöst werden können, sondern dass sie lediglich die Realität akzeptieren muss, dass es eine

(Abg. Maas (SPD))

Schuldenbremse gibt, aber etwa keine Vermögenssteuer.

Ich weiß nicht, wie sich die wirtschaftliche und damit die steuerliche Lage in diesem Land in diesem Jahr entwickeln werden. Ich weiß nicht, wie es mit dem Euro weitergeht. Ich weiß nicht, ob es eine Rezession geben wird oder nicht. Es gibt viele Risiken, die dazu führen können und, wenn sie eintreten, auch dazu führen werden, dass sich die Einnahmehasis unseres Landes noch weiter verändert. Dennoch wird die Schuldenbremse bleiben. Ich will auf eines hinweisen, was grundsätzlich noch hinzukommt. Wir haben den sogenannten Stabilitätsrat, der überprüft, ob wir die Vorgaben einhalten, und der letztlich darüber entscheidet, ob wir die 260 Millionen, die das Land jährlich erhält, in Zukunft bekommen oder nicht. Ich glaube nicht, dass die 260 Millionen Euro geeignet sind, das Land finanziell zu retten. Aber ich mache mir keine Illusionen darüber, dass, wenn die auch noch wegfallen, die politischen Handlungsspielräume endgültig gegen null gehen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist für uns keine Möglichkeit, mit diesem Thema umzugehen. Deshalb stimme ich Ihnen zu, Herr Lafontaine, dass es im Falle von Neuwahlen jetzt keine Chancen für Rot-Rot in diesem Lande gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird viel darüber spekuliert, was denn jetzt geschieht. Sie wissen, dass die SPD mit der CDU Gespräche führt, sehr ernsthafte Gespräche darüber, ob es bei all den Risiken, die uns in diesem Jahr bevorstehen, möglich ist, auch ohne Neuwahlen eine stabile Regierung zu bilden. Wir werden das davon abhängig machen, ob strukturelle und inhaltliche Fragen eine Basis für eine solche Zusammenarbeit sein können.

Ich weiß auch, dass es in diesem Land viele Menschen gibt, die der Auffassung sind, dass unabhängig davon, welche Koalition jetzt zustande kommt, eine solche erst einmal eine neue, demokratische Legitimation durch Wahlen braucht. Wir machen uns das nicht einfach, aber wir stellen uns der Verantwortung. Das gilt jetzt und vor allen Dingen für die Zukunft. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD.)

Präsident Ley:

Das Wort hat die Ministerpräsidentin, Annegret Kramp-Karrenbauer.

Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist heute auch für den Landtag im Saarland ein ganz außergewöhnlicher Tag, und es ist ein sehr schwieriger und schwerer Tag. Es ist ein schwieriger und schwerer Tag für all diejenigen, die

in den letzten beiden Jahren im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen CDU, FDP und GRÜNEN die Koalition in diesem Hause und die Regierung in diesem Land gestellt und gebildet haben. Diese Zusammenarbeit hat mit Blick auf die Sachthemen durchaus nicht wenige Erfolge in diesem Land gezeigt, sie hat auch - das weiß ich auch von den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen - vielfältige Beziehungen und freundschaftliche Verbindungen hervorgebracht.

Es ist insbesondere ein schwerer und schwieriger Tag für diejenigen, die sich heute dem Votum der Entlassung stellen müssen. Deshalb sage ich ausdrücklich: Die Entscheidung des vorvergangenen Freitages, die zu dieser Sitzung heute geführt hat, war keine leichte, vor allem keine leichtfertige. Es war eine Entscheidung, die aus meiner Sicht - das habe ich in den vergangenen Tagen auch an anderen Stellen deutlich gemacht - unumgänglich war mit Blick auf die Frage: Sind wir insgesamt, ist insbesondere ein Koalitionspartner stabil genug, um das, was in den nächsten Jahren an politischen Aufgaben vor uns liegt, bewältigen zu können? Ich habe diese Entscheidung getroffen und habe dieser Entscheidung nichts hinzuzufügen. Ich werde mich an dieser Stelle auch nicht zu allen möglichen Spekulationen und Legendenbildungen äußern, die selbstverständlich Raum greifen; das ist in einem derartigen politischen Prozess immer so.

Es ist mit Blick auf die Entlassung die Frage gestellt worden, warum gleichzeitig die Entpflichtung der Kolleginnen und Kollegen erfolgen wird. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, dass ich mich bei allen, die in den vergangenen beiden Jahren diese Koalition gestaltet und getragen haben - das gilt für die Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament, das gilt für die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, das gilt insbesondere auch für die Ministerinnen und Minister, mit denen ich fast zwei Jahre lang als Kollegin und jetzt fünf Monate als Ministerpräsidentin am Kabinetttisch zusammen gearbeitet habe - herzlich bedanken möchte. Aber die Frage, die mit Blick auf die Entpflichtung zu stellen ist, ist gerade nicht die Frage der persönlichen Beziehungen, des persönlichen Vertrauensverhältnisses, sondern die Frage, ob noch eine tragfähige Grundlage vorhanden ist, ob das Grundvertrauen innerhalb der Koalition noch gegeben ist. In dem Moment, wo ich die Koalition aufgekündigt habe, ist diese Grundlage weg, sie ist weg mit Blick auf die parlamentarische Mehrheit, auch mit Blick auf den Koalitionsvertrag, den wir gemeinsam ausgehandelt haben. Deswegen ist es die Konsequenz, nach der Entlassung auch die Entpflichtung auszusprechen.

Ich habe eben gesagt, dass dies eine schwierige Entscheidung war, die aus meiner Sicht aber mit Blick auf die Situation und die Aufgaben, die vor uns

(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)

liegen, absolut notwendig ist. Die Situation und die Aufgaben des Landes machen es erforderlich, dass jeder in diesem Hause sich an das erinnert, was er bei Amtsantritt, bei seiner Wahl versprochen hat. Er hat versprochen, sich die Interessen und Anliegen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes vor Augen zu halten und sie zur Maxime dessen zu machen, was er zu entscheiden hat.

Das ist der Grund, weshalb wir jetzt in seinem sehr konzentrierten Verfahren miteinander ausloten, ob es eine tragfähige Grundlage für eine Große Koalition in diesem Lande gibt, auch ohne Neuwahlen. Dabei geht es um die Beantwortung der Frage, was Tragfähigkeit bedeutet und ob sie groß genug ist, um den Erwartungen, die die Menschen in diesem Lande an die Politik haben, gerecht werden zu können.

Hier geht es zum einen um Inhalte. Da sage ich ganz deutlich: Eine Große Koalition muss an sich selbst den Anspruch haben, auch eine Koalition der Beantwortung der großen Fragen dieses Landes zu sein und nicht eine Koalition des kleinsten gemeinsamen Nenners. Deswegen befinden wir uns in einem Prozess, in dem insbesondere die inhaltlichen Fragen sehr intensiv und ernsthaft miteinander besprochen werden und wo ausgelotet wird, ob es diese Grundlage gibt. Bei einer tragfähigen Grundlage geht es aber auch um die Frage, ob es ein ausreichendes Maß an Vertrauen der jeweiligen Partner ineinander gibt, auch in die jeweilige andere Partei, ob dort die Dinge strukturell und auf Dauer mitgetragen werden.

Genau das loten wir im Moment aus. Wenn die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen, halte ich die Große Koalition auch ohne Neuwahl für verantwortbar und machbar. Wenn diese Prüfung zu dem Ergebnis führt, dass eine tragfähige Grundlage nach diesen Kriterien zurzeit nicht gegeben ist, ist es genauso selbstverständlich, dass wir unseren Auftrag zurückgeben und die Wählerinnen und Wähler dieses Landes entscheiden werden.

Das ist die Stunde, in der wir stehen, in der Verantwortung gefragt ist. Ich für meinen Teil bin mir gewiss, dass ich auf die Verantwortung, die mir übertragen worden ist, am Freitag der vorvergangenen Woche mit Blick auf die Interessen des Landes die richtige Antwort gegeben habe. Wir alle sind jetzt aufgefordert, mit Blick auf die Verantwortung für dieses Land in den nächsten Tagen die richtigen Antworten zu geben. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die von Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer vorgesehene Entlassungen ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Landtag den von der Frau Ministerpräsidentin vorgesehene Entlassungen mit Stimmenmehrheit zugestimmt hat. Zugestimmt haben CDU und SPD, dagegen gestimmt haben FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

(Minister Dr. Hartmann, Minister Kessler, Ministerin Dr. Peter und Minister Weisweiler verlassen die Regierungsbank.)

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzes zur Änderung des Saarländischen Lehrerbildungsgesetzes (Drucksache 14/617) (Abänderungsantrag des Ausschusses BM Drucksache 14/677)

Zur Berichterstattung erteile ich Frau Abgeordneter Gisela Kolb das Wort.

Abg. Kolb (SPD), Berichterstatteerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag des Saarlandes hat den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Saarländischen Lehrerbildungsgesetzes, der uns als Drucksache 14/617 vorliegt, in seiner 27. Sitzung am 16. November 2011 in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Bildung und Medien überwiesen. Der Gesetzentwurf sieht die Schaffung eines neuen Lehramtes für die Primarstufe vor. Diese Neuerung soll sicherstellen, dass der Lehrkräftenachwuchs aus Rheinland-Pfalz, wo die Ausbildung inzwischen auf ein reines Grundschullehramt umgestellt worden ist, hierzulande in einen passgenauen Vorbereitungsdienst übernommen werden kann. Darüber hinaus führt der Gesetzentwurf den Paradigmenwechsel bei der Ausrichtung der Lehrämter fort, den Wechsel vom Maßstab der Schulform auf den Maßstab der Schulstufe. Das bereits bestehende Lehramt für die Sekundarstufe I soll ergänzt werden um ein weiteres Lehramt für die Sekundarstufe I und für die Sekundarstufe II. Bis zum Erlass der diesbezüglichen Lehramtsprüfungsordnung sollen die bestehenden Lehrämter für die zugeordneten Schulformen weitergeführt werden. Schließlich benennt der Gesetzentwurf die inklusive Bildung von Schülerinnen und Schülern, ob mit oder ohne Behinderung, ausdrücklich als Ziel und Aufgabe der Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Saarland.

Der Ausschuss für Bildung und Medien hat sich in drei Sitzungen mit dem Gesetzentwurf auseinandergesetzt. Im Rahmen seiner Beratungen hat er eine

(Abg. Kolb (SPD))

ganztägige Anhörung durchgeführt, an der sich in schriftlicher oder mündlicher Form insgesamt 14 Interessenorganisationen beteiligt haben, insbesondere solche aus der Lehrerschaft. Die vorgeschlagene Neubestimmung der Lehrämter ist bei den Angehörten überwiegend auf Zustimmung gestoßen, bei einzelner Kritik im Grundsätzlichen und bei unterschiedlicher Kritik in Einzelheiten. Kritische Anfragen sind etwa an Anzahl und Systematik der neuen Lehrämter gerichtet worden, und zwar unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf die bestehenden wie auch auf künftige Schulformen. Auf Skepsis ist darüber hinaus die Festsetzung der Regelstudienzeit für das neue Lehramt für die Primarstufe auf nur acht Semester gestoßen - zwei Semester unter dem Standard für die meisten übrigen Lehrämter. Schließlich hat eine Neuformulierung im Hinblick auf den Zugang zum Vorbereitungsdienst leichte Irritationen ausgelöst. Das Ministerium hat hierzu allerdings verdeutlichen können, dass lediglich eine Klarstellung ohne inhaltliche Auswirkungen erfolgt ist.

Die Ausschussberatungen über den Gesetzentwurf haben zu dem Ergebnis geführt, dass ein von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachter Abänderungsantrag mit den Stimmen aller im Ausschuss vertretenen Fraktionen beschlossen wurde. Neben einigen redaktionellen Anpassungen und Korrekturen schlägt dieser Abänderungsantrag unter anderem eine Änderung der saarländischen Lehreraufbahnverordnung vor. Mit Blick auf den nahenden Einstellungstermin 01.02.2012 für die Personalisierung im Bereich des neuen Lehramtes für die Primarstufe wird durch diese Änderung die laufbahnrechtliche Voraussetzung für die Einstellung entsprechender Lehrkräfte geschaffen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen weiteren Abänderungsantrag vorgelegt, der im Ausschuss allerdings nur die zusätzliche Zustimmung der Fraktion DIE LINKE fand. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden. Das mit diesem Antrag verfolgte Ziel, die Regelstudienzeit von Lehrämtern mit bisher 8 Semestern auf 10 Semester anzuheben, ist bei der Ausschussmehrheit auf ausschlaggebende Bedenken in rechtlicher und finanzieller Hinsicht gestoßen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuss für Bildung und Medien empfiehlt dem Landtag einstimmig - bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE - die Annahme des Gesetzentwurfs zur Änderung des Saarländischen Lehrerbildungsgesetzes, Drucksache 14/617, unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages, Drucksache 14/677, in Zweiter und letzter Lesung. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Präsident Ley:

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Der Ausschuss für Bildung und Medien hat mit der Drucksache 14/677 einen Abänderungsantrag zu dem Gesetzentwurf eingebracht. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Abänderungsantrag. Wer für die Annahme der Drucksache 14/677 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag, Drucksache 14/677, einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 14/617 in Zweiter und letzter Lesung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Gesetzentwurf Drucksache 14/617 in Zweiter und letzter Lesung unter Berücksichtigung des angenommenen Abänderungsantrages einstimmig angenommen ist. Zugestimmt haben die Fraktionen CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Wir kommen zur Punkt 3 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern für Ausschüsse des Landtages (Drucksache 14/676 - neu)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 14/676 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Drucksache 14/676 - neu - einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung eingebrachten Antrag betreffend: Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht (Übersicht Nr. 5) (Drucksache 14/669)

Zur Berichterstattung aus dem Ausschuss erteile ich der Vorsitzenden, Frau Abgeordneter Dagmar Heib, das Wort.

Abg. Heib (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Beschlussantrag des Ausschusses für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung betreffend die Streitsache vor dem Bundesverfassungsgericht - Übersicht Nr. 5 - bezieht sich auf einen Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg. Im Wege des abstrakten Normenkontrollverfahren wendet sich Hamburg wie zuvor auch das Bundesland Rheinland-Pfalz gegen die Zustimmungsgesetze und Zustimmungsbeschlüsse der Bundesländer zum ZDF-Staatsvertrag. Die Antragstellerin rügt einen Verstoß gegen die Rundfunkfreiheit aus Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG. Der Grundsatz der funktionsadäquaten Staats- und Gruppenferne sei in den Gremien des ZDF verletzt. Der Fernsehrat und der Verwaltungsrat des ZDF seien einem zu großen Einfluss durch die Bundesländer und die politischen Parteien ausgesetzt. Dieser ergebe sich aus einer Gesamtbewertung des Staats- und Gruppeneinflusses unter Berücksichtigung des Grades der Programmnähe, der verschiedenen Gremienaufgaben, der Mehrheitserfordernisse, des Anteils der Staats- und Gruppenvertreter in den Gremien und aufgrund des Einflusses des Staates auf die Benennung von Vertretern gesellschaftlicher Gruppen.

Das Plenum hat sich bereits in seiner Sitzung vom 18. Mai des letzten Jahres mit dem parallelen und inhaltsgleichen Antrag des Bundeslandes Rheinland-Pfalz beschäftigt - das war die Drucksache 14/473 - und ist einstimmig dem Antrag des Ausschusses gefolgt, eine Stellungnahme nicht abzugeben.

Der Ausschuss für Justiz, Verfassungs- und Rechtsfragen sowie Wahlprüfung hat sich in seiner Sitzung am 09. Dezember 2011 mit der Streitsache befasst und einstimmig, ohne Enthaltung, beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, eine Stellungnahme nicht abzugeben. Ich bitte das Plenum, dem Antrag des

Ausschusses zu entsprechen und der Drucksache 14/669 die Zustimmung zu erteilen. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.)

Präsident Ley:

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 14/669 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/669 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den vom Ausschuss für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend: Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 9) (Drucksache 14/673)

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme der Drucksache 14/673 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/673 einstimmig, mit den Stimmen aller Abgeordneten, angenommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.